

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die halbierte Nonpareil-Zeile oder deren Raum mit 50 Pfg., die Restzeile mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt letzterer Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mäüller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878

Nr. 85

Nastätten, Donnerstag, den 21. Juli 1921

44. Jahrgang

Die Finanzkontrolle.

Die Entente hat bekanntlich das Recht durch eine Finanzkommission eine Kontrolle über die deutschen Einnahmen und Ausgaben auszuüben, wie das vor dem Kriege in verschiedenen halb insolventen Staaten geschah. Das Deutsche Reich mit diesen Staatengebilden auf eine Stufe zu stellen, war von der Entente ein starkes Stück, denn es bedeutete, daß man uns eine bewußte Täuschung unserer Gläubiger zutrauen wollte. Da wir nun so weit sind, daß aus dieser Bestimmung Wirklichkeit werden soll, ist wohl eine kurze Unterhaltung darüber angebracht, wie diese Kommission in der Praxis arbeiten wird.

Wie gesagt, sind die Rechte der fremden Finanzfachverständigen weitreichend, aber ihre Tätigkeit ist doch eigentlich sehr einfach, und für die Erreichung ihrer Ziele braucht kein großer Apparat aufgebaut zu werden. Es steht mit dem Deutschen Reiche anerkanntermaßen nicht gut, aber „Durchstechereien“, die in gewissen Großstaaten nicht etwas ganz Unerhörtes sein sollen, sind in den Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reiches nicht zu finden. Denn wir haben, was es sonst auf der ganzen Welt in gleicher Vollkommenheit nicht gibt, den Rechnungshof für das Deutsche Reich in Potsdam, der keine Mark, und mag sie auch noch so wenig wert sein, an nicht begründeten Ausgaben durchläßt. Mag schließlich an allen Einrichtungen Deutschlands Herummäkelt sein, an die Potsdamer Oberrechnungskammer hat sich noch niemand herangewagt, auch der überzeugteste Kommunist nicht.

So lange wir unseren finanziellen Verpflichtungen auf Konto des Ultimatums nachkommen, hat die Kontrollkommission keinen Anlaß und im Grunde genommen auch kein Recht, für unsere Reichsausgaben den Blaustift in Anwendung zu bringen. Wenn das Mißtrauen so weit gehen sollte, zu behaupten, daß die vom Reichstage bewilligten Ausgaben zu hoch sind, als daß daneben die Reparationszahlungen geleistet werden könnten, so läge darin der Keim der Differenzen. Wir wollen aber hoffen, daß die Kontrollkommission sich nicht auf den Boden des politischen Hasses, sondern auf den der Tatsachen stellen wird.

Eine neue Zahlung.

Die Erfüllung des Ultimatums.

Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission eine neue Zahlung im Betrage von ungefähr 31 Millionen Goldmark in europäischen Werten geleistet. Die Zahlung wird zur Amortisierung der Reichsschatzwechsel verwendet, die in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes ausgehandelt worden sind.

Bisher sind in Ausführung dieses Artikels in Goldmark gezahlt worden:

Tratten auf drei Monate, Ende Mai übergeben:	839 573 000
Barzahlungen zur Vervollständigung der Milliarde	160 427 000
Gesamtsumme:	1 000 000 000

Deutschland hat bis heute für die Amortisierung der Tratten eine Summe von 114 949 600 Goldmark gezahlt, mit Einschluß der soeben geleisteten Zahlung von 31 Millionen Goldmark, wodurch die Gesamtsumme der Barzahlungen von Monat Mai ab auf 160 427 000 Goldmark + 114 949 600 Goldmark = 275 376 600 Goldmark gebracht wird. Die obigen Zahlen bleiben eventuell kleinen Veränderungen unterworfen.

Außerdem hat die Kriegslastenkommission soeben die Reparationskommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung eine abermalige Zahlung von ca. 41 Millionen Goldmark in verschiedenen europäischen Werten anbietet.

Die Entente und Leipzig.

Eine englische Antwort an Briand.

Neuter erfährt, daß die britische Regierung es nicht für notwendig halte, in Verbindung mit dem Gerichtsverfahren gegen die deutschen Kriegsschuldigen einen neuen Schritt zu unternehmen. Die Berichte der richterlichen Beamten der Krone über die bereits behandelten Fälle sind noch nicht eingetroffen, und da noch nicht sämtliche britischen Fälle abgeklafft sind, ist ein vollständiger Be-

richt im Augenblick unmöglich. Die Fälle können nicht einzeln erwogen werden, sondern müssen als Ganzes behandelt werden. Die Prozesse werden jedoch aufmerksam verfolgt, als Prüfstein für den guten Willen Deutschlands, die von ihm übernommenen Verpflichtungen auszuführen. Diese amtliche englische Erklärung kann man als eine Antwort auf die letzten Erklärungen Briands wie Schiffers betrachten. Sie zeigt, daß England — wenigstens vorläufig — sich nicht an der von Paris ausgehenden Heise gegen das Reichsgericht beteiligen will.

Ein neutrales Gutachten.

Ein hervorragender holländischer Jurist, der Vorsitzende des niederländischen Kriegsgerichtshofes Dr. G. van Slooten, der mehreren Vespalaer Prozessen beigewohnt hat, äußerte sich einem Vertreter des Amsterdamer „Telegraaf“, einer während des Krieges sehr deutschfeindlichen Zeitung, über seine Eindrücke, daß sie durchaus günstig seien. Er rühmt die lebenswürdige Unparteilichkeit der deutschen Richter, die in ihrer Art unübertrefflich sei. Die Enttäuschung — so führte er aus — und das unbefriedigte Gefühl über den Ablauf der Prozesse, die sich außerhalb Deutschlands unter Valen geltend machen, werden von den Juristen in den verschiedenen Ländern nicht geteilt. Diese urteilen, gleich mir, im allgemeinen günstig. Ich brauche nur an die Erklärungen von Sir Ernest Pollock, dem Vertreter der englischen Regierung beim Prozeß Neumann, zu erinnern.

Um Oberschlesiens Recht.

England drängt auf Entscheidung.

Zwischen England und Frankreich spielt sich zurzeit hinter den Kulissen scheinbar ein zäher Kampf ab um den Zeitpunkt des Zusammentritts des Obersten Rates, der die Entscheidung über die ober-schlesische Frage und über die Aufhebung der „Sanktionen“ bringen soll. England wünscht dringend, daß diese Konferenz noch in diesem Monat zusammentritt. Es hat jetzt eine neue Note nach Paris gesandt, in der dieser englische Wunsch nochmals in dringender Form Ausdruck findet. Man will an der Thematik endlich Klarheit in dieser Frage schaffen, um die ewige Qual endlich zu verstopfen.

Engländer gegen Polen.

Kürzlich ist es in Deuthen zu einem Zusammenstoß der Engländer mit den Polen gekommen. Als die englischen Besatzungsstruppen sich auf einer Kontrollfahrt befanden und von den Insurgenten mit wüstem Geschrei empfangen wurden, gaben sie Schreckschüsse ab. Daraufhin wurden sie von den Polen beschossen, deren Feuer sie erwiderten. Der Befehlshaber der englischen Brigade in Deuthen, Oberst Baughope, empfing die Vertreter der Landgemeinden des ihm unterstellten Bezirks, denen er erklärte, er wolle auf friedlichem Wege den früheren Zustand wieder herstellen. Uebergriffe von irgend einer Seite werde er mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken. Er forderte die Gemeindevorsteher auf, ihren ganzen Einfluß auf die Bevölkerung aufzubieten, damit die Ruhe und Ordnung bewahrt und scharfe Maßnahmen vermieden würden.

Eine größere Zahl in Gleiwitz versammelter Vertreter der größten ober-schlesischen Industrieunternehmen richteten in letzter Minute an die Interalliierte Kommission das dringende Gesuch, für ausreichende militärische Besetzung ihrer Betriebsstätten und Schutz ihrer deutschen Beamten und Arbeiter zu sorgen. Trotz der angeblich durchgeführten Räumung wird von den polnischen Betriebsräten in den Betrieben gegen Deutsche ein derartiger Terror ausgeübt, daß eine geordnete Weiterführung der Betriebe völlig unmöglich ist und die Werke zur Schließung genötigt wären.

Nach von dem Hauptvorstand des Ostmarkenvereins wurde an das Auswärtige Amt in Berlin ein Mahn- und Hilferuf entsandt, in dem es etwa folgendermaßen heißt:

Unter dem Eindruck der geradezu entsetzlichen Zustände, unter denen die deutsche

Bevölkerung zu leiden hat, und in Anbetracht der Rücksichtslosigkeit der Ermordung eines 15jährigen wehrlosen Knaben richten wir an das Auswärtige Amt die Bitte, bei der Interalliierten Kommission in Opatow mit dem schärfsten Nachdruck auf der Feststellung und Verfolgung der polnischen Mordtaten zu bestehen. Die von der Interalliierten Kommission erlassene Amnestie schließt so gut wie jedes Verbrechen und bedeutet somit eine Aufmunterung zu weiteren Rücksichtslosigkeiten und Mordtaten. Wir halten es für eine verfassungsmäßige Pflicht der Reichsleitung, die ober-schlesische Bevölkerung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Der Versäumer Vertrag hebt die deutsche Reichsregierung dieser Verpflichtung gegen das eigene Volk nicht.

Eine neue Note an England.

In den Pariser Blättern wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der das französische Ministerium des Auswärtigen seine Stellung in der ober-schlesischen Frage dargelegt hat. Danach ist Frankreich mit dem Wunsche Englands einverstanden, in dieser Woche eine Sachverständigen-Kommission nach Oberschlesien zu entsenden, die ihren Bericht in wenigen Tagen ausarbeiten soll. Der Oberste Rat könne dann gegen den 24. Juli zusammentreten. Die Möglichkeit einer baldigen Entscheidung werde aber durch die Haltung und die militärischen Vorbereitungen der Deutschen bedeutend verringert. Beide stellen eine Bedrohung der allzu schwachen Besatzungsstruppen dar. Das beweise die Zunahme deutscher Angriffe auf französische Angehörige in Oberschlesien. Der deutsche Selbstschutz sei nicht entwaffnet, sondern zur Hälfte organisiert und bewaffnet in Oberschlesien zurückgelassen. Auch die restlichen 20 000 Mann ständen in festen Verbänden bewaffnet drohend an der Grenze. Diese Tatsache mache eine Verstärkung der alliierten Besatzungsstruppen notwendig. Briand habe deshalb in London und Rom vorgeschlagen, Verstärkungen zu entsenden. Frankreich habe bereits Anordnungen dazu getroffen. Frankreich werde durch seinen Botschafter in Berlin Vorstellungen bei der deutschen Regierung erheben und hoffe, daß dieser Schritt durch die Unterstützung Englands und Italiens den nötigen Nachdruck erhalte.

Französische Drohungen.

Diesen Schritt hat Frankreich bereits getan. Es erschien der französische Botschafter Laurent bei dem Außenminister Dr. Rosen und erklärte: Die Berichte Le Ronds und die Mitteilungen der polnischen Regierung hätten erwiesen, daß die Lage in Oberschlesien durch die drohende deutsche Haltung äußerst gefährlich geworden sei. Die ungeheuerlichen Neuerungen des Generals Höfer hätten bestätigt, daß ein Angriff vorbereitet werde. Die Entwaffnung und die Auflösung des Selbstschutzes seien nicht durchgeführt. Die in Oberschlesien zurückgelassenen Selbstschutzangehörigen seien nur zur Hälfte ober-schlesischer. Sie unternähmen unangelegentlich Attentate auf französische Staatsangehörige. Weiter wurde behauptet, daß die Attentäter in allen Fällen Mitglieder des Selbstschutzes gewesen seien. Nachdem der Botschafter dann die gleichen Behauptungen über die angebliche Bedrohung durch den Selbstschutz dargelegt hatte, wie sie in der französischen Note an England auseinandergesetzt sind, betonte er, daß die deutsche Regierung die Verantwortung für die Zustände trage, da sie den Zustrom von Freiwilligen nicht unterbunden und die Auflösung der Verbände nicht durchgeführt habe. Infolgedessen könne von einer endgültigen Entscheidung in kurzem keine Rede sein, die einen Angriff der deutschen Armee hervorzurufen und die Alliierten in einen neuen Krieg verwickeln würde. Der Botschafter teilte dann weiter mit, daß Frankreich unverzüglich eine Division nach Oberschlesien entsenden werde, und daß es die gleichen Maßnahmen auch von seinen Alliierten erwarte. Zum Schluß stellte der Botschafter folgende Forderungen:

1. Deutschland muß unverzüglich alle Maßnahmen treffen, um den Selbstschutz zu entwaffnen, aufzulösen und von der ober-schlesischen Grenze zu entfernen.

2. Deutschland muß verhindern, daß die Entscheidungen der Alliierten einen Widerstand in Oberschlesien finden.

3. Muß Deutschland alle Maßnahmen für die schnelle Herbeischaffung von Verstärkungen für Oberschlesien treffen.

Dr. Rosen betonte in seiner vorläufigen Erwiderung mit größtem Nachdruck, daß von deutscher Seite unausgesprochen ähnliche Klagen erhoben würden. Auch habe er schon vor Beginn der Säuberungsaktion auf ihren recht zweifelhaften Erfolg hingewiesen. Am 7. Juli habe er durch einen Ratwiger Großindustriellen dem französischen Botschafter eine Schilderung der Zustände in Oberschlesien geben lassen. Danach seien nur die regulären polnischen Truppen und ein Teil Hallersoldaten über die Grenze zurückgeführt, die dort ganz offen ihre Vorbereitungen für den nächsten Aufstand betreiben. Die Waffen seien an sicheren Orten versteckt und die Unsicherheit der Deutschen im Industriegebiet nach wie vor unendlich groß. Durch die erlassene Amnestie würden alle diese Bestrebungen nur gefördert. Eine ausführliche Erwiderung auf Grund eingehender Prüfungen bezieht sich der Minister vor.

Deutsches Reich.

„Eine amerikanische 100 Millionen-Dollar-Anleihe? „Chicago Tribune“ erfährt aus New Yorker finanziellen Kreisen, daß Deutschland mit den Vereinigten Staaten über einen Kredit von 75 bis 100 Millionen Dollar unterhandelt, der zur Zahlung der Wiedergutmachung und zum Ankauf von Baumwolle, Getreide und Kupfer verwendet werden soll. Der Kredit hat die Form einer kombinierten Anleihe von 50 Millionen und einigen kleineren Anleihen für den Rest.“

Zurzeit weilt in Berlin eine Delegation von prominenten Mitgliedern der Zentral-Handelskammer der Vereinigten Staaten, um zu untersuchen, wie Deutschland wieder zu einem leistungsfähigen Abnehmer Amerikas werden kann.

Vertagung des preussischen Landtags. Wie üblich, hat der preussische Landtag seine Tagung mit einer mehr als zwölfstündigen Dauer Sitzung beschloffen. Wie üblich, war diese Sitzung mehrere Male beschlußunfähig, so daß Entscheidungen, die jetzt gefällt werden sollten, fast ein Vierteljahr hinausgezögert worden sind. Der Notetat wurde in dritter Lesung gegen die Stimmen aller sozialistischen Parteien schließlich angenommen. Gegen die Aufwandsentscheidungen der Mitglieder des Staatsrates wandten sich die Sozialdemokraten, die Entschädigung, die der Staatsratspräsident bekommen soll und noch nicht die Hälfte der Entschädigung des Landtagspräsidenten ausmacht, war ihnen zu hoch. Die Abstimmung erab Beschlußunfähigkeit. Der Präsident brauchte eine neue Sitzung an, dieselbe Abstimmung, dasselbe Ergebnis. Aber deswegen ging man doch noch nicht auseinander, eine neue Sitzung begann und man redete noch fast drei Stunden über das Grubenunglück von Mont Genis. Erst gegen Mitternacht gingen die letzten Abgeordneten auseinander, um sich erst am 28. September wieder zusammen zu finden.

Der neue Preußenadler. Wie das Reich, so mußte auch Preußen sich nach der durch die Revolution erfolgten Umbildung des Staates ein neues Hoheitszeichen, ein neues Wappen schaffen, denn eine Republik kann naturgemäß nicht die heraldischen Embleme des Königtums führen. Von alters her ist aber ebenso wie im Reich auch in Preußen der Adler das Wappentier. Der Adler soll auch weiterhin das Zeichen Preußens bleiben, ebenso wie er es im Reich geblieben war. Man mußte also für Preußens Wappen eine Form finden, die eine ausreichende Unterscheidung von dem Reichswappen ermöglichte; man wollte ferner für Preußen eine Form finden, die die künstlerischen Fehler des Reichswappens, über dessen „Schönheit“ man bekanntlich sehr geteilter Meinung ist, vermeidet. Dieses Problem glaubt man jetzt gelöst zu haben. Man hat sich für das neue Preußenwappen für den aufstrebenden Adler entschieden, einen Typ des Preußenadlers, der in friedericianischer Zeit auftauchte und bald vollständig wurde. Das neue preussische Wappen, für das sich jetzt die Staatsrealien entschieden hat, ist von dem

Künstler Hermann Eich entworfen. Es zeigt einen aufstrebenden Adler ohne jedes heraldische Merkmal. Man hat in Preußen damit jedenfalls die allseitigere Lösung für das Wappenproblem gefunden als im Reich.

Polen gegen den päpstlichen Delegierten. Der päpstliche Delegierte in Oberschlesien hatte einen Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung erlassen, in dem er, wie erinnerlich, gegen die polnische Regierung den Vorwurf erhob, daß sie die blutigen Vorkommnisse und verbrecherischen Anschläge in Oberschlesien verschleierte habe. Aufsolches beschloß die polnische Regierung, sich an den Papst mit der Bitte um Abberufung dieses päpstlichen Delegierten zu wenden.

Dank an Höfer. Der Präsident des Reichsbürgerrats hat an General Höfer ein Telegramm gerichtet, in dem er dem verdienten General für die antiofernerische und erfolgreiche Tätigkeit in Oberschlesien namens des Staatsbürgertums dankt. Durch seine Hilfe im Verweissungskampfe des ober-schlesischen Volkes sei der General als Befreier des ganzen deutschen Volkes aufgetreten. Daraus hätten viele Deutsche neuen Mut und neue Hoffnung geschöpft. Die Opfer, die gebracht seien, seien also keinesfalls vergeblich gewesen.

Um Memels Selbständigkeit. Die Memeler Stadtverordnetenversammlung hat eine Entschließung dem Oberkommissar mit der Bitte um Befürwortung bei der Vorkonferenz unterbreitet, in der es heißt, daß die überwiegende Mehrheit der memelländischen Bevölkerung den Wunsch hegt, das memelländische Volkstum in einem selbständigen Staatsgebilde zu erhalten. Es wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Vorkonferenz vor der Entscheidung über das Schicksal des Gebietes dessen berufene Vertreter hören wird. Ferner wird gebeten, den Vertreter der Stadt zu den Verhandlungen, die sich mit dem Schicksal des Memelgebietes beschäftigen sollen, zuzuziehen.

Die Vertreter der amerikanischen Zentralhandelskammer, die seit einigen Tagen in Berlin weilen, wurden vom Minister des Äußeren, Dr. Rosen, unter Aufsicht des Reichsjustizministers, des Reichsjustizministers und des Wiederaufbauministers empfangen.

Korfanzy ist nach Paris gereist. Das Hauptquartier der polnischen Insurgenten in Schoppin ist aufgelöst.

Chang Min Kai, der neuernannte chinesische Gesandter, ist vom Reichsminister des Äußeren empfangen worden und hat die Leitung der Gesandtschaft übernommen.

Nach einer Pariser Meldung soll General de Rond erst dann aus Oberschlesien abberufen werden, wenn die Sachverständigenkommission in Döppeln eingetroffen ist.

In München traf wieder ein Sonderzug aus Triest mit 221 deutschen Kriegsgefangenen, Internierten und Flüchtlingen aus dem Schwarzmeergebiet ein.

Ausland.

Russland.

Die Hungersnot in Sowjetrußland muß fürchtbar sein. Das an sich schon unter der Sowjetherrschaft herrschende Elend ist dadurch, daß die Ernte Rußlands, einst der Kornkammer Europas, durch die anhaltende Trockenheit und Dürre vernichtet worden ist, zur Unerträglichkeit gesteigert worden. Der Primas der russischen Geistlichkeit, der Patriarch von Moskau, hat daher an die Spitzen der katholischen Geistlichkeit Englands und Amerikas, an die Erzbischöfe von Canterbury und Newyork, einen dringenden Aufruf gerichtet, in dem er mit bewegten Worten um sofortige Sendung von Brot und Medikamenten bittet. In beweglichen Worten schildert er die jetzige Not des russischen Volkes, dessen Untergang droht, wenn ihm nicht sofort Hilfe werde. Einen ähnlichen Aufruf hat der russische Dichter Maxim Gorki an Gervasi Hauptmann gerichtet.

Ungarn.

Ein Vorstoß der Karlisten? In Wien sind Meldungen aus Ungarn eingelaufen, nach denen der ehemalige Ministerpräsident Friedrich einen neuen Umsturz zugunsten Karls von Habsburgs vorbereite. Er soll Horthi Fehde angefaßt haben und bereits in den nächsten Tagen aktiv vorgehen wollen.

Frankreich.

Die französische Heeresstärke. Nach französischen Nachrichten beträgt die Gesamtstärke des französischen Heeres 1921: 689 418 Mann (1914: 823 251). Davon sind an einheimischen Truppen 88 156 im Rheinland und in Oberschlesien, 7193 im Saargebiet, 50 561 in Marokko, 46 705 im nahen Osten. Die Gesamtzahl der einheimischen Truppen ist 571 546 Mann. Die Kolonialtruppen zählen 96 163 Mann, wovon am Rhein 6796, in Marokko 19 113 und im nahen Osten 22 450 Mann stehen. Auf Syrien und Galizien entfallen also zusammen 70 000 Mann, auf das Rheinland fast 100 000. Zu dieser französischen Zusammenstellung ist zu bemerken, daß die Angaben über die Kolonialtruppen im Rheinland offenbar auf dem Zustand während der strengsten Wintermonate beruhen; inzwischen sind von unbeteiligter neutraler Seite weit höhere Zahlen genannt. Der Gerab-

minderung des Gesamtbestandes 1914 auf 1921 um 150 000 Mann steht die allmählich fortschreitende Militarisierung der farbigen Kolonialbevölkerung gegenüber. 1922 wird Frankreich über ein stehendes farbige Heer von 200 000 Mann verfügen. Nach den französischen Kammerverhandlungen sollen zwei Drittel dieser Kolonialarmee ständige Verwendung in Europa finden.

England.

Englisches Urteil über die Unparteilichkeit des Reichsgerichts. Nachdem die englischen Blätter während der Leipziger Verhandlungen Zurückhaltung bewahrt und auf Wunsch des Generalstaatsanwalts den Gang der Verhandlungen nicht gestört haben, liegen heute die ersten Stimmen zu dem am Sonnabend gefällten Urteil gegen die U-Boots-Offiziere Voldt und Dittmar vor. „Daily Chronicle“ erkennt die Unparteilichkeit der Beweisführung an. Auch die Tatsache der Verurteilung zu vier Jahren sei bedeutungsvoll, wenn auch das Urteil leichter ausgefallen sei, als man erwartet habe. Sogar die „Daily Mail“, die das Urteil als unangemessen bezeichnet, bemerkt mit Genugtuung, daß den Angeklagten nicht die Entschuldigung zugebilligt worden sei, sie hätten auf höheren Befehl gehandelt. Recht bedeutungsvoll ist, sagt das Blatt, daß die Verurteilung für künftige Kriege von großer Wichtigkeit sei. Die „Morningpost“ bringt einen Bericht ihres Korrespondenten aus Leipzig, in dem anerkannt wird, daß der Präsident und der Staatsanwalt ihr Möglichstes getan haben, um eine antibritische Propaganda bei der Zeugenabfrage zu unterbinden.

Nach einer bisher unbestätigten Meldung eines Schweizer Blattes soll Briand bereits eine Note an Deutschland gefandt haben, worin er offiziell ankündigt, daß Frankreich die Prozesse gegen die Beschuldigten seiner Auslieferungsliste nun selber durchführen werde.

Neue Schwierigkeiten in der irischen Frage. Die Hauptschwierigkeit in der Regelung der irischen Frage ist das Verhältnis der englandfreundlichen und protestantischen Bevölkerung von Ulster und der großen Mehrheit der übrigen Iren. Die Provinz Ulster hat jetzt eine selbständige Regierung erhalten, die aber die Sinnfeiner nicht anerkennen. In seinen Verhandlungen mit Lloyd George betonte de Valera, der Sinnfeinerführer, daß er als Vertreter der größten Mehrheit von Irland allein berechtigt sei, mit Lloyd George die Bedingungen für die Autonomie festzulegen, während Lloyd George auch das Kabinett von Ulster zu den Verhandlungen herangezogen hat. De Valera schlägt für die Autonomie Irlands die kanadische als Vorbild vor. Hierbei könne Ulster eine ziemlich Selbstverwaltung gegeben werden. Für ganz Irland dürfe es aber nur eine gesetzgebende Körperschaft geben. Die Ulsterleute fordern aber für sich volle Autonomie neben der des übrigen Irland. Die jetzigen Verhandlungen in London sollen diese Schwierigkeiten zu beseitigen suchen.

Türkei.

Italien im Orient. Nach Meldungen aus Smyrna haben die Italiener durch zwei von Torpedobooten geschützte Transportschiffe 5000 Mann Karabinier in der wichtigen kleinasiatischen Handelsstadt Adalia erneut landen lassen. Adalia, das Italien zugesprochen war, wurde unter dem Ministerium Giolitti geräumt. Die Neubesetzung wird mit der Bedrohung durch die Griechen begründet. Die griechische Offensiv scheint tatsächlich erfolgreich zu sein. Jedenfalls wird auch aus Konstantinopel ein Zurückweichen der Türken und Vordringen der Griechen gemeldet.

Wie Reuters Bureau erklärt, haben die Ratifikationsmächte des Trianonvertrages die alliierte Militärkommission beauftragt, Deutsch-Westungarn an Oesterreich zu übergeben.

Die polnische Regierung beantwortete die Note Tschischerins wegen der antisowjetischen Organisation in Polen ablehnend.

Das dänische Ausfuhrverbot für Getreide wird wahrscheinlich mit dem 1. Dezember des Jahres aufgehoben werden.

Der künftige Brotpreis.

7 Mark für das rationierte Brot.

In der Dessenlichkeit sind über die am 16. August eintretende Neuregelung der Brotverforgung mancherlei Irrtümer, besonders über die Veränderung des Brotpreises, verbreitet. Um diese richtig zu stellen, verbreitet das Reichs Ernährungsministerium folgende Mitteilung:

Es ist zutreffend, daß vom 16. August ab neben dem rationierten, auf Brotmarken abgegebenen Brot auch markenfrees Brot von der Bevölkerung bezogen werden kann.

Es ist weiter zutreffend, daß das rationierte Brot eine Preiserhöhung erfahren wird, weil das Reich bei seiner finanziellen Notlage nicht weiter imstande ist, die bisher zur Niedrighaltung der Brotpreise verwandten Reichsmittel in gleicher Weise zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung des Brotpreises für das Markenbrot wird etwa 40 Prozent des derzeitigen Preises betragen. Das bedeutet einen Verkaufspreis für das 1900 Gr. Brot von etwa 7 Mark.

Die Schätzungen über den künftigen Preis des aus freiem Mehl hergestellten

markenfrees Brotes entbehren jeder sicheren Grundlage. Es ist aber kein Anlaß zu der Annahme, daß dieses Brot 12 oder gar 14 Mark kosten wird. Selbst wenn es aus Auslandsmehl hergestellt würde, so könnte es bei dem heutigen Weltmarktpreise für Getreide und dem derzeitigen Valutastande der Mark für einen geringeren Preis als 12 Mark abgegeben werden. Die Kosten für freies Inlandsgetreide, aus welchem in erster Linie derartige markenfrees Brot hergestellt werden wird, werden voraussichtlich noch niedriger, als für Auslandsgetreide sein.

Es darf schon mit Rücksicht auf die vom 16. August ab einsetzende freie Konkurrenz erwartet werden, daß der Preis für das markenfrees Brot nicht ungebührlich ansteigert werden wird. Es ist im übrigen von der Reichsgetreidestelle nicht beabsichtigt, Preise für freies Mehl oder daraus erbackenes Brot festzusetzen. Es würde ihr hierfür auch die gesetzliche Zuständigkeit fehlen.

Hoffentlich erweisen sich die Schätzungen und Erwartungen des Reichs Ernährungsministeriums als richtig. Reinen doch alle bisherigen Erfahrungen, daß beim Uebergang zur freien Wirtschaft der Preis des betreffenden Produktes niemals den letzten, während der Nationierung üblichen Schleichhandelspreis übersteigt, im Gegenteil, meist wurde er niedriger. Und für markenfrees Brot bezahlt man jetzt selbst in der Reichshauptstadt selten mehr als 8 Mark, es ist nicht einzusehen, warum dieser Preis beim Fallen aller Schranken mit einem Male steigen sollte.

Nassauische Landesbank und Sparkasse im Jahre 1920.

Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Direktion der Nassauischen Landesbank entnehmen wir folgendes:

An Landesbank-Schuldverschreibungen wurden im Ganzen abgesetzt 37,2 Millionen M gegenüber 31,5 Millionen M im Vorjahr. Nach Abzug der Rückflüsse belief sich der Gesamtumsatz am Jahresabschluss auf 258,4 Millionen M. Der Kurs war anfänglich 99%, stieg im Laufe des Jahres über 100% und betrug Ende des Jahres wieder 99%. Die Zunahme der Spareinlagen stellt mit 98,9 Millionen M gegenüber 74,6 Millionen M im Vorjahr eine neue Rekordziffer dar. Die Zahl der im Umlauf befindlichen Sparkassenbücher erhöhte sich von 313 500 auf 328 200. Das im August 1919 für den bargeldlosen Zahlungsverkehr neu eingeführte Sparkassenbuch Nr. 2, auf das Einzahlungen und Rückzahlungen auf dem Ueberweisungswege ohne Vorlage oder Hinterlegung des Sparkassenbuchs bewirkt werden können, führte sich weiter gut ein. Auch im Depositen- und Kontokorrentverkehr war eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Am Jahresabschluss betragen die Guthaben 165 Millionen M auf 9787 Konten.

Im Hypothekengeschäft war gegenüber dem Vorjahre eine etwas größere Nachfrage zu bemerken. Es wurden 722 Darlehen in Höhe von 12,6 Millionen Mark neu ausbezahlt. Diese Neuausleihungen wurden aber weit übertroffen durch die infolge der Geldknappigkeit immer noch starken Rückzahlungen, die insgesamt 28,6 Millionen M betragen. Sehr erheblich war wie im Vorjahr die Inanspruchnahme des Kredits seitens der Kommunen und Kommunalverbände. Die Kommunaldarlehen stiegen bei der Landesbank um 12,7 Millionen M, bei der Sparkasse um 56,5 Millionen M, während die hauptsächlich für Kriegs- und Nachkriegsausgaben aufgenommenen kurzfristigen Vorhüsse um 7 Millionen zurückgingen. Das Depotgeschäft hatte infolge der Depotzwangsverordnung die außerordentliche Zunahme von 28683 Depots im Betrage von 111 Millionen M zu verzeichnen; der Gesamtbestand der offenen Depots erhöhte sich somit auf 52789 im Nennwert von 412,2 Millionen M. Hinzu kommen die Masseneinzahlungen von Kriegsanleihe auf Reichsnoten gegen Jahresabschluss, die ebenso wie die Depoteinzahlungen eine außerordentliche Arbeitslast verursachten. Das Effekten-Kommissionsgeschäft weist einen Umsatz von 415 Millionen M auf.

Die Gesamtumsätze bei den Anstalten betragen 17,3 Milliarden M gegenüber 9,5 Milliarden M im Vorjahr. Nach Deckung der Verwaltungs-kosten, Ergänzung der Reservefonds und Abschreibung auf die Effektenbestände beider Anstalten wurden 1,22 Millionen M dem Bezirksverband zur Verfügung gestellt.

Die Nassauische Kriegsgeldkasse wurde im abgelaufenen Jahr in erheblich geringerem Maße in Anspruch genommen als in den Vorjahren. Bei der Nassauischen Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit, die mit Friedensschluß ihr Ende erreicht hatte, wurde die Abrechnung durchgeführt.

Heimliches.

Nastätten, 20. Juli 1921.

Ziegenzucht. Am Freitag, den 15. Juli, hat der hiesige Ziegenzuchtverein seinen dies-jährigen Körtermin abgehalten. Es wurden 19 Stück 1- und 2-jährige Ziegen in das Zuchtbuch eingetragen. Ferner wurden 5 Stück diesjährige Böcke und ein 1-jähriger Bock und 15 Mutter-lämmer mit der Mutternummer gezeichnet. Das vorgeführte Zuchtmaterial war ausgezeichnet, zum Teil hervorragend, besonders die Böcke waren durchweg hervorragend erstklassige Zuchttiere. Es ist hier Ziegenzuchtvereinen und Gemeinden Gelegenheit geboten sich gute Zuchtböcke zu beschaffen.

Der hiesige Ziegenzuchtverein gibt sich alle Mühe und scheut keine Kosten, um die Ziegenzucht wieder auf die alte Höhe zu bringen, wie sie vor dem Kriege war.

Die Haut- und Haarpflege des Hundes ist eine verschiedene, je nach der Rasse. Die meisten Hunde sollen öfter gebadet werden; besonders ist ein allwöchentliches Waschen sehr zu empfehlen. Bei Schäferhunden werden die Haare durch Wäber leicht brüchig; man verzichtet daher auf die Wäber und nimmt lieber ein möglichst tägliches tüchtiges Ausbürsten der Haare vor.

Bei jungen Schweinen beobachtet man nicht selten die Knochenweiche. Es ist dies ein Zeichen, daß das Futter zu wenig Kalk enthält. Kalkarme Futtermittel sind z.B. Kartoffeln und Munkelrüben. Auch aus Mangel an Bewegung in frischer Luft entsteht oft Knochenweiche, ebenso bei Unterbringung in feuchten, kalten, dunklen, unreinen Ställen, selbst wenn das Futter nicht kalkarm ist. Ist die Krankheit erst einmal vorhanden, so kann sie kaum noch geheilt werden. Man warte daher nicht erst die Merkmale der Krankheit ab, sondern gebe dem Futter von vornherein öfters etwas phosphorsäuren Kalk hinzu und sorge für gute Stallung und regelmäßige Bewegung. Dann wird man auch keine Mißerfolge und Verluste haben.

Ein guter, billiger Dünger für Zwergobst-bäume ist Holzasche. Da jetzt viel Holz gebrannt wird, so ist solche Asche unschwer zu beschaffen. Sie wirkt ihres Kalkgehaltes wegen sehr gut auf die Fruchtbildung ein. Man kann die Asche sehr gut auf den Boden streuen oder unterhacken oder auch flüssig geben, dann lasse man aber die Lösung erst 10 bis 14 Tage stehen. Diese Anwendungsweise ist noch wirksamer. Je nach der Größe des Baumes gibt man 2 bis 6 Liter Asche pro Baum, und zwar mehrere Male im Jahre.

N. L. Aus dem Lande, 20. Juli. Die

lang anhaltende Dürre droht nachgerade für unseren Bezirk zu einer Katastrophe zu werden. Der größte Teil des Getreides ist nottief geworden; der Körnerertrag ist infolgedessen sehr gering, zumal da es in diesem Jahre an der nötigen Winterfeuchtigkeit gefehlt hat. Beim Roggen dürfte der Ertrag kaum 5 Zentner je Morgen übersteigen. Bei Gerste, Hafer und Weizen ist der Ernteertrag teilweise noch geringer. Noch viel schlimmer als beim Getreide liegen die Verhältnisse für die Futterpflanzen. Der erste Kleeschnitt ist längst beendet; ein zweiter ist infolge der Trockenheit nicht nachgewachsen. Wiesen, Weiden und Kleeäcker sind vollständig verdorrt. Die Landwirte sind gezwungen, einen Teil ihres Milchviehes abzuschaffen, da es an dem nötigen Futter fehlt. Vieles mußten sie schon mit der Raufütterung beginnen; die Milchergiebigkeit der Tiere hat infolgedessen stark nachgelassen. Das Gemüse wie Bohnen, Erbsen, Karotten usw. geht von Tag zu Tag mehr zurück. Die Frühkartoffelernte liefert fast keinen Ertrag, da sich die Knollen bei der Trockenheit nicht entwickeln konnten. Auch das Obst, das von den Frühjahrsfrösten noch nicht vernichtet war, ist stark gefährdet, da die Früchte bei der starken Hitze und der Trockenheit frühzeitig abfallen. Sogar das Laub fängt an, gelb zu werden. Wenn nicht bald ein ausgiebiger Regen fällt — ein Gewitterregen kann bei der furchtbaren Trockenheit nur wenig nützen — dürfte auch die Saatkartoffelernte nur einen geringen Ertrag bringen.

Laufenselden, 20. Juli. Großimker Wilh. Herdling aus Rückershausen wurde wegen Schleich- und Kettenhandels mit Weizen zu einer Woche Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Oberreischbach, 19. Juli. Das zehn-jährige Mädchen einer hiesigen Familie versuchte, während die Eltern auf dem Felde waren, sich Kaffee mit Hilfe eines Spiritusstokers zu bereiten. Der Kocher explodierte und die Flammen ergriffen die Kleider des Kindes, das hilflos bei lebendigem Leibe verbrannte.

Mainz, 19. Juli. Heute früh wurde auf dem Großen Sand bei Gonsenheim der Raubmörder Mohamed ben Ahmed vom 63. Maroccanischen Schützenregiment, der wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann aus Höchst a. M. zum Tode verurteilt worden war, erschossen. Der Delinquent zeigte bei der Exekution, die nur einige Sekunden dauerte, volle Kaltblütigkeit. Er rauchte bis ihn die Augen niederstreckten. Dem Strafvolzug wohnte u. a. auch ein Vertreter der Stadt Höchst a. M., ein Schwager des Ermordeten bei.

Großheubach, 19. Juli. Gestern erkrankte beim Vaden in Mainz der 19-jährige Sohn des Bäckers Otto Brand dahier. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht gefunden werden. Der schwer geprüfte Vater verlor kürzlich innerhalb eines Monats seine Ehefrau und zwei Kinder im Alter von 12 1/2 und 3 1/2 Jahren durch die Grippe.

Vermischtes.

Erhöhung der Entschädigung für Schüssen und Geschworene. Die Tagelöhner, die den Schüssen und Geschworenen seit dem Jahre 1913 gewährt werden, und die ursprünglich auf 5 Mark festgesetzt waren, sind im Jahre 1920 auf 20 Mark erhöht worden, zugleich wurde die Zulage für Nachtquartier von 3 Mark auf 12 Mark heraufgesetzt. Angesichts der herrschenden Teuerung reichen auch diese Sätze nicht mehr aus, so daß weiten Teilen der Bevölkerung die Teilnahme an der Recht-

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Rosner.

Nachdruck verboten.

„Das andere?“ Er dachte: Seltsam, daß sie das bemerkt, was in mir ist — Ein Mensch, den ich zum erstenmal sehe, und der nicht die banalen Fragen nach den starren Formen meines Lebens stellt, der nach den stillen Dingen fragt. Darüber zu ihr sprechen? Sein Blick ging über ihre schmale, sterbliche Gestalt. Und dann bewachte er den Kopf in einer sachte verneinenden Geste und schweig.

Aber als er dann die schwere Portiere, die den Rirkus von dem Vorraum trennte, zur Seite hob, um sie vor sich hindurchschreiten zu lassen, knüpfte er doch an ihre Frage wieder an.

„Das andere,“ sagte er still und sah nun dabei wie zerstreut an ihr vorbei. „Das war eine Erinnerung, die früher in mir aufgesprungen ist, die Erinnerung an einen jungen Menschen, der mir einmal, vor vielen Jahren, nahe gestanden hat, und der nun nicht mehr ist.“

„Er ist gestorben, Ihr Freund?“

„Gestorben? Na, vielleicht, oder auch nicht.“

„Wie seltsam,“ sagte sie und sah gleich ihm ins Bett.

Er lächelte gezwungen vor sich hin.

„Das ganze Leben ist so seltsam,“ sagte er.

„Denken Sie selbst: ich habe ihn. Sie wissen

la, ich habe ihn lang für tot gehalten; nun aber ist es mir manchmal, als lebte er vielleicht noch irgendwo —“

Da nickte sie ganz still, und immer noch gingen dabei die dunklen, schönen Augen neben den seinen hin ins Weite.

„Der Arme...“ sagte sie.

Er aber dachte suchend: Warum nennt sie ihn, den anderen, nur arm? — Er fand die Antwort nicht.

Selbstmordfahrg schritten sie nun durch das Bestüblich, schritten vorbei an den auffallenden Plakaten, die den Todesstrang Perez Herreras zeigten, und traten durch den kleinen Vorbau auf den freien Platz vor dem Rirkus.

Warm und strahlend lag die Sonne hier über dem Leben. Ihre Balle ruhte allgernd auf dem grauen Kies des Weges, goß sich über den frisch geprengten Asphalt der Straße, von dem ein feuchter, süßlich-sader Dunst aufstieg, und träumte mittäglich und schwer über dem trägen, dunklen Wasser der Spree, an deren Steinmauer ein paar breite Apfelbäume an schlaffen Tauern anaebunden waren.

„Schön ist das hier,“ sagte das Mädchen. Ganz langsam sprach sie, und die Stimme war leise umschleiert vom lauen Schweigen, das auf ihr gelegen hatte. Ueber das Wasser hinaus und zu den Bäumen und den Mauern, die da drüben waren, ging dieses sprechende Träumen, wendete sich nicht zu ihm und fand ihn doch.

Er nickte nur. Er dachte: Na, schön ist es hier.

Deutlich empfand er: Was sie sprach, das war ein Teil von einem Traum, der sie so sehr erfüllte, daß dieser Ueberfluß zu Worten wurde und über den Rand der Schale rann.

Sie gingen weiter. Ganz langsam schritten sie weiter am Wasser hin. Ein paar Enten zogen da unten über den dunklen Spiegel. Die eine schaute, und die beiden anderen solaten zu den Seiten in kurzem Abstand. Leise schnatterten die Tiere und zogen drei silbrige aufblinkende Linien durch das Wasser hinter sich her.

Nun standen sie an der Friedrichbrücke, und das Leben kreuzte ihren Weg, denn hier war einer seiner Pulse, eine Ader, die immer milde war, und deren Lauf er durch die Stille schnitt.

Menschen schritten hier nach beiden Seiten aus. Wagen hoben sich drängend hintereinander her.

Sekunden warteten sie, standen inmitten dieser Welle und trieben doch, von ihr gehoben, über ihr. Ein Zeitungshändler hielt ihnen die Mittagsblätter hin, ein kleiner Junge rief ihnen in scharfem Dialekt ein paar Witze zu, die sie nicht verstanden. Dann gingen sie auer über die Brücke und am Wasser weiter. Und Schritt um Schritt entfernte sie da wieder von dem Trübel, ließ Värm und Treiben wiederum verhallen und versinken.

Da lag die Brücke. Sie war einsam, die Stunde, in der hier die Schritte hielten, war längst vorüber. Und drüben auf der anderen Seite raute der Dom.

Ganz still wurde es bald, kaum ein paar Menschen waren noch um sie.

Und da begann das Mädchen zu sprechen.

„Ich bin an der Ostsee geboren. Mein Vater hat auf Rügen ein kleines Gut gehabt, immer schon hatte unsere Familie diesen Besitz. Ein paar hundert Morgen Land und ein Stück Wald und ein Stück Strand. Und mitten darin das Haus und den Wirtschaftshof. Ach Gott, es war ja nicht viel, jurdtbar wenig war's eigentlich, wenn man die anderen Güter damit vergleicht. Und der Boden war sicher nicht gut, das hat der Vater immer gesagt. Soweit er denken kann, hat er gesagt, ist's eigentlich um jede Ernte ein Kampf gewesen mit dem Seewind und dem Sand. Manchmal hat er dann am Ende eines solchen Jahres voll Sorgen und voll Arbeit doch mit leeren Händen dagestanden. Leicht war das nicht. Aber man war doch zu Hause, man hat doch gewußt, wohin man gehört. Und das ist so viel, jetzt immer kommt's mir vor, als ob das eigentlich das Beste wäre.“

(Fortsetzung folgt.)

Sommerproffen — weg!
Verdunstungsgefahr! Versteht sich mit, auf welche Weise ich meine Sommerproffen gänzlich beseitige. Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. 1297. — Schlichtsch 47.

Arbeits-Vergebung.

Die Arbeiten zur Erbauung eines Wirtschaftsgebäudes im Pfarrhof sollen getrennt nach 4 Losen, und zwar

- 1. Maurerarbeit, veranschlagt zu 3221 M
- 2. Zimmerarbeit, " " 3520 M
- 3. Dachdeckerarbeit, " " 2570 M
- 4. Schreinerarbeit, " " 600 M

an den Wenigstfordernden vergeben werden. Zeichnung, Kostenvorschlag und Bedingungen können im Pfarrhaus eingesehen werden. Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift: „Angebot auf Bauarbeit im Pfarrhof“ an den Unterzeichneten bis zum **1. August ds. Js., abends 8 Uhr**, einzureichen.

Im Auftrage des evang. Kirchenvorstandes:

F. Sauer, Pfarrer.

Eber-Versteigerung.

Am **Freitag, den 22. ds. Mts.**, mittags 12 Uhr, wird der hiesige gut genährte

Gemeinde-Eber versteigert.

Bogel, den 18. Juli 1921.

Der Bürgermeister: Göller.

Rudolf Christian

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hochzufrieden an

Wilhelm Dauer u. Frau
Eliose geb. Hammel.

Nastätten, am 20. Juli 1921.

Verdönerungs- und Verkehrsverein

Nastätten.

Wer von der einheimischen Geschäftswelt auf ein Inserat in dem in aller Kürze erscheinenden „Führer von Nastätten“ reflektiert, wolle selbiges bis Anfang kommender Woche in der Druckerei Müller direkt aufgeben.

Nastätten, den 20. Juli 1921.

Der Vorstand.

Für die von Nah und Fern in so großem Maße eingegangenen Glückwünsche und wunderbaren Blumenspenden zu unserer goldenen Hochzeit sagen wir unsern herzlichsten Dank. Tiefgerührt haben uns die persönlichen Begrüßungen im Hause. In zu Herzen gehenden Worten hat Herr Pfarrer Biegel die Trauung vollzogen und in welcher stimmungsvoller Weise haben die beiden Gesangsvereine dazu beigetragen, das schöne Fest zu verherrlichen! Allen, Allen drücken wir dankbar die Hand. Mögen die beiden Gesangsvereine blühen und gedeihen. In unserem Innern werden die Gesänge weiter klingen und tief im Herzen in steter Erinnerung bleiben.

Karl von der Heydt und Frau
Nastätten.

Auslandszucker

in Ia. Qualität zu haben bei

Kaufhaus Salomon Stern, Nastätten.



Das **Deutsche Tagesblatt**
Herausgeber: Rudolf Müller

Das Vaterland über die Partei!
Das ist der Grundsatz. Unter ihm sollen sich alle vereinen, die dem Wiederaufbau dienen. Ablehnung des Klassenkampfes! Für stätliche Erhaltung und Erneuerung! Hebung deutscher Kunst, deutscher Literatur! Täglich einmal früh erscheinend, monatlich 7,50 Mark.
Berlin SW. 11 Desauerstraße 6

Mineralwässer

Niederfelterer, Fachinger
Wibunger Helenenquelle
Karlshader, Emser u. a.
empfiehlt

Amts-Apotheke Nastätten.

Endivien

und
Zwiebeln
empfiehlt

Gärtnerei E. Wölfert
Nastätten: Oberstraße.

Frische Fische

Donnerstag eintreffend. Bestellungen nimmt entgegen

Frau Chr. Hagel
Oberstraße 11.

Frische Zitronen

frische Tafelbutter
holländischen Kakao
Eis :: Eis-Getränke
Erfrischungen
empfiehlt

Cafe Ackermann, Nastätten.

Verloren

1 Damen-Schirm mit silberner Krücke an dem Tempel auf der Wörschel. Gegen hohe Belohnung abzugeben im „Hotel Dranien“.



Achtung!
Imker!

Imkerhauben
Dathpeifen
Imkerhandschuhe
Entdeckungsmesser
Entdeckungsgabeln
Wabenzangen
Absperrgitter
Kunstwaben u. dgl.
Tabak f. d. Imkerpeife
hies auf Lager.

W. Geijer, Buch.

Frischgebrannter

Weißfalk

eingetroffen und gibt ab
so lange Vorrat reicht

Baugeschäft Jakob Hehner

Jeden Mittwoch und Sonntag:

Ia. Speise-Eis

(Friedensqualität)
abwechslnd:
Vanille, Schokolade, Himbeer
Vanille, Aprikosen, Pfirsich
Cafe Hazel, Nastätten.

Ia. holländische

Vollheringe

Ia. Kakao
per Pfund 13,50 Mark
Wih. Gill, Nastätten.

! Saison-Ausverkauf !

Als ganz besonders billig empfehle:

- 1 Posten Kinderkleidchen in weiß und bunt
- 1 „ Damen- u. Kinderschürzen
- 1 „ Knaben-Waschanzüge
- 1 „ Bukskin-Anzüge für Herren, Burschen und Knaben

Selbstbinder Mk. 2.75, 3.85, 9.50 und höher
Gummi-Hosenträger das Paar 6.50 und 7.50

Wilhelm Dürselen, Inh. Wilhelm Rohe
St. Goarshausen a. Rh.